

Anmerkungen zur Jugendpolitik

Kinder und Jugendliche – das sind die Bürger/innen, die Verantwortlichen in Kirche und Gesellschaft, die Politiker/innen von morgen. Ihnen gute Lebens-, Bildungs- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, Entwicklungschancen zu geben, daran muß eine auf Zukunft orientierte Gesellschaft vitales Interesse haben. Eine demokratische Gesellschaft erfordert Teilhabe aller. Auch Kinder und Jugendliche müssen teilhaben können am kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Leben je nach ihren Möglichkeiten – dies, damit ihre Anliegen und Interessen berücksichtigt werden und damit sie ihren Platz in der Gesellschaft herausfinden können. So sollte es sein. Die in Bund, Ländern und Kommunen praktizierte Jugendpolitik bleibt aber hinter diesen Zielen zurück. Auf dem Hintergrund jugendpolitischer Arbeit in Jugendverband und Jugendring gibt der folgende Beitrag Eindrücke und Wertungen aus dem Spannungsfeld zwischen Zielen und Praxis von Jugendpolitik wieder. Dabei richtet sich das Hauptaugenmerk auf staatliche Jugendpolitik, ihre Bedingungen und Voraussetzungen, dann auf Möglichkeiten und Schwierigkeiten freier Träger und ihre Interessenvertretung. Ausgeklammert bleiben Programmatik von Regierung und Parteien.

„Der Deutsche Bundesjugendring versteht Jugendpolitik als Querschnittspolitik, die die Aufgabe hat, Kindern und Jugendlichen in *allen* Teilbereichen dieser Gesellschaft politische, persönliche und soziale Perspektiven zu eröffnen... Wegen ihres besonderen Charakters ist die Jugendpolitik ein Bereich mit eigenständigem Anspruch, der weder der Familien- noch der Sozialpolitik untergeordnet werden darf“, so beschreiben die jugendpolitischen Leitsätze des Deutschen Bundesjugendrings 1986 das jugendpolitische Verständnis der dort zusammengeschlossenen Jugendverbände. Es geht um Politik von Jugendlichen, mit ihnen und für sie, darum, Probleme, Anliegen und Fragen Jugendlicher, alles, was ihre Lebenssituation betrifft, im politischen Raum zur Geltung zu bringen, zentrale Forderungen umzusetzen. Gemäß diesem Ansatz richten Jugendverbände ihre jugendpolitische Interessenvertretung aus. In solchem Verständnis von Jugendpolitik geht es also nicht nur um Ausgestaltung von Jugendhilfe und Jugendarbeit, nicht nur um Jugendgesetzgebung, sondern auch um Fragen der Bildungspolitik, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Umweltschutz, Frieden und Abrüstung. Hochgesteckte Ziele – wie aber sehen die Voraussetzungen für jugendpolitisches Handeln, wie die Wege und Instrumente zur Umsetzung aus?

Niedriger Stellenwert der Jugendpolitik

Jugendliche haben keine gesellschaftliche Macht, haben nicht Status und Positionen mit Einfluß; für die Jugendverbände, ihre Zusammenschlüsse, gilt ähnliches, also eine eher schwache Lobby. Der Satz: „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft“, der ja ein hohes Interesse an Jugend anzeigen könnte, wurde häufig unter dem Aspekt der Rekrutierung, der Nachwuchssicherung verstanden, weniger unter inhaltlicher Rücksicht, etwa Jugend als Zukunftsträger oder als Seismograph gesellschaftlicher Prozesse.

Auch die Jugendpolitik ist keiner der „harten Politikbereiche“ wie etwa Wirtschaft, Finanzen, Innen- oder Außenpolitik. Der Stellenwert der Jugendpolitik innerhalb der Politikbereiche spiegelt den niedrigen Stellenwert der Jugend in der Gesellschaft wider. Die zuständigen Minister/innen bzw. ihr Ressort haben eine eher schwache Position. Entsprechend sieht es im Gefälle der jeweiligen parlamentarischen Ausschüsse zueinander aus. Die berauschende Präsenz bei jugendpolitischen Debatten in Parlamenten spricht eine deutliche Sprache. Die Jugendpolitiker haben wenig Einfluß in ihren Fraktionen und Parteien. Wer etwas werden will, setzt sich ab. Es gibt eine hohe Fluktuation und als Konsequenz wenige erfahrene und qualifizierte Jugendpolitiker; rühmliche Ausnahmen bestätigen die Regel. In wachsendem Maß bringen Parlamentarier und Regierungsbeamte kaum oder keine Erfahrungen aus der jugendpolitischen Arbeit in Jugendverbänden, Jugendringen oder Jugendwohlfahrtsausschüssen mit. Am ehesten noch können einige auf ihre Arbeit in parteipolitischen Jugendorganisationen zurückgreifen. In Gesprächen und Diskussionen offenbart sich oft ein erschreckender Mangel an Information, an Wissen über Jugendarbeit und Jugendhilfe, ihre Entwicklungen in Inhalt, Arbeitsformen, in Träger- und Infrastruktur.

Unter solchen Voraussetzungen halten sich von interessierter Seite verbreitete Vorurteile gut, wie zum Beispiel etablierte Träger seien verkrustet und unfähig zur Innovation. Neues will man dann in die Welt setzen mit neuen Einrichtungen und Programmen: Jugendstiftungen waren es in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg, ein Innovationsfonds beim Deutsch-Französischen Jugendwerk, eine Zentralstelle für Mädchenarbeit in Nordrhein-Westfalen. Inhaltliche Vorstellungen: innovativ soll es sein! Es geht allzuoft um Profilierungsdenkmäler von Regierungen, Parteien oder Politikern, kurzatmig angelegt, schnell vorzeigbare Erfolge: eine jugendpolitisch unsinnige Entwicklung. Innovation entsteht vor allem aus der Alltagspraxis zum Beispiel der Mädchenarbeit in Jugendverbänden, muß dort unterstützt und verbreitert werden. Wer allerdings dieser Alltagspraxis das Wasser abgräbt oder sie in ständigen Legitimationsdruck bringt, nimmt ihr auch Kraft zur Innovation.

Angesichts der schwachen Stellung der Jugendpolitik wäre eine partnerschaftliche Zusammenarbeit, eine gemeinsame Planung, eine offene Diskussion anstehen-

der Probleme zwischen öffentlichen und freien Trägern (alten und neuen) auf allen Ebenen dringend notwendig. Ein konzertierter Einsatz der je für sich geringen Möglichkeiten könnte die Startchancen verbessern.

Folgen der Bevölkerungsentwicklung

Der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung wird bis zum Jahr 2000 in erheblichem Umfang abnehmen. Schon jetzt gibt es eine neue Aufmerksamkeit für ältere und alte Menschen. Mit der Jugend ist keine Wahl mehr zu gewinnen; die Alten bestimmen die Themen. Zum jetzigen Zeitpunkt bleiben viele Fragen offen: Wird die Jugend ein Minderheitenbewußtsein entwickeln oder in der Erwachsenenengesellschaft „aufgehen“, wird das Ideal „Jugendlichkeit“ in der Gesamtgesellschaft stärker oder schwächer, wird die Bevölkerungsentwicklung die Randstellung der Jugendlichen und der Jugendpolitik verschärfen?

Die Statistik belegt auch: Es wird weniger Kinder und Jugendliche geben, die mit Geschwistern aufwachsen, mehr, die aus unvollständigen Familien kommen. Die Notwendigkeit sozialen Lernens in der Gleichaltrigengruppe außerhalb der Familie wird eher größer. Für Jugendverbände werden in den 90er Jahren besondere Schwierigkeiten dadurch entstehen, daß es dann erhebliche Einbrüche bei der Gruppe der 20- bis 25jährigen geben wird. Aus dieser Altersgruppe kommen die ehrenamtlichen Leitungsverantwortlichen, die ja das Rückgrat der verbandlichen Arbeit bilden.

Hat es in der Jugendhilfe insgesamt in den 70er Jahren eine quantitative Ausweitung gegeben, so ist dies sicher auf das nächste Jahrzehnt hin nicht zu erwarten. Aber nicht nur das Ende der Expansion, auch die Orientierung an der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen spricht gegen weitere Spezialisierung und Ausdifferenzierung in Angebots- und Arbeitsform, auch in der Trägerstruktur in Jugendarbeit und Jugendhilfe. Statt dessen ist verbindliche Zusammenarbeit, ist die Qualifizierung vorhandener Ansätze angesagt. Keine Neugründungen also sind gefragt, sondern Zusammenarbeit und Qualifizierung von Bestehendem.

Für die Jugendverbände insgesamt gibt solche Zielvorgabe dem Jugendring als Ort der Zusammenarbeit und Vernetzung organisierter Jugendarbeit große Bedeutung. Offenheit für neue Mitgliedsorganisationen, soweit sie die Aufnahmevoraussetzungen erfüllen, wäre hilfreich, seien es jugendliche Ausländerinitiativen in den kommunalen Jugendringen oder Naturschutzjugendverbände im Bundesjugendring (DBJR). Gegebenenfalls können abgestufte Formen der Mitgliedschaft ausgebaut und so Kooperation ermöglicht werden, die alten und neuen Organisationen Impulse geben und Zersplitterung verhindern kann.

Bevölkerungsentwicklung – manche Kämmerer und Haushaltspolitiker sehen neue Argumente, um Kürzungen im Jugendbereich zu rechtfertigen. Dabei bietet

diese Entwicklung im Gegenteil Chancen, lange versprochene Standards, Ausstattungen endlich einzulösen, qualitative Weiterentwicklung zu ermöglichen, auch und gerade bei nicht wachsenden Zahlen von Teilnehmern und Mitgliedern. Nebenbei bemerkt: Für die geburtenstarken Jahrgänge gab es keine Aufstockung der Mittel im Feld der Jugendarbeit. Zudem könnten endlich neue Träger dort, wo sie tätig sind und die Voraussetzungen erfüllen, neben den alten gefördert werden, was die von außen immer wieder begünstigten Konkurrenzen zwischen alten und neuen Trägern erheblich mindern könnte.

Enges Ressortdenken

Die jugendpolitische Praxis in Regierungen und Parlamenten in Bund und Ländern läßt sich als Ressortpolitik beschreiben, in der der Jugendpolitik zwar viele Aufgaben, aber nur sehr begrenzte Zuständigkeiten zugewiesen werden. Dort geht es meist um Jugendgesetzgebung und um Ausgestaltung der Jugendhilfe, innerhalb deren die Hilfen zur Erziehung, die „Jugendfürsorge“ besonders viel Zeit und Geld beanspruchen, vor allem auf kommunaler Ebene. Dies läßt sich an Organisationsplänen der zuständigen Ministerien beziehungsweise deren Abteilungen oder an Tagesordnungen der parlamentarischen Ausschüsse und entsprechender Fraktionsarbeitsgruppen überprüfen. Dabei ist die Zuständigkeit für Jugend üblicherweise eine unter mehreren. Jeder hütet sein Revier, ungebetene Eindringlinge läßt man abblitzen, Zusammenarbeit um gemeinsamer Ziele oder Projekte wollen – etwa in interministeriellen Arbeitsgruppen oder ressortübergreifenden Initiativen – sind in Sachen Jugend eher selten.

So stößt eine Interessenvertretung, die sich am eingangs beschriebenen Verständnis von Jugendpolitik als Querschnittspolitik orientiert, auf enges Ressortdenken, auf politische Adressaten in einem eng begrenzten Revier. Bei der weiteren Suche werden es viele Ansprechpartner, die wenig voneinander wissen. Leicht verliert sich die jugendpolitische Initiative im Gestrüpp der Zuständigkeiten, sei es vor Ort das Bemühen um einen Kinderspielplatz oder auf Bundesebene etwa Projekte zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Daß die Jugendpolitik diese Schwierigkeit gemeinsam mit anderen zielgruppenbezogenen Politikfeldern hat wie Alten-, Frauen-, Ausländerpolitik, ist nur ein schwacher Trost.

Jugendpolitik will und muß andere Politikbereiche im Interesse von Kindern und Jugendlichen mitgestalten, wenn sie deren Lebenssituation verbessern und deren Zukunftsfragen aufgreifen will. Sie muß sich „einmischen“; aber welche Instrumente, Wege zum „Querschnitt“, zur Einmischung stehen zur Verfügung? Manche fordern eine Einmischungsstrategie in dem Sinn, daß Jugendhilfe ihre Aufgaben und Zuständigkeiten erweitern solle, also zum Beispiel selbst Beschäftigung für sogenannte benachteiligte Jugendliche organisiere. Dies könnte einen

zweigeteilten Arbeitsmarkt verfestigen und eine Überforderung der Jugendhilfe bedeuten. Wie aber kann die Jugendhilfe zum Beispiel Arbeitgeber und Betriebe dahin bringen, genügend Arbeitsplätze auch für eher leistungsschwache Jugendliche anzubieten, so muß die Fragestellung lauten. Hier wie in anderen Problemfeldern gilt es zunächst, die Interessen von Jugendlichen deutlich zu machen, Unterstützung gerade für Benachteiligte zu gewinnen, Öffentlichkeit herzustellen. Träger der Jugendhilfe können dann ihre Kompetenzen und Möglichkeiten in ergänzenden oder begleitenden Hilfen im Betrieb einbringen. Gute Erfahrungen gibt es auch mit kommunalen und regionalen Projektgruppen, oft initiiert von freien Trägern der Jugendhilfe oder vom Jugendamt, in denen alle, die mit dem Übergang von Schule oder Ausbildung in Beschäftigung befaßt sind, an einem Tisch sitzen, Lösungen und Hilfen koordinieren können.

Gezieltere Jugendhilfeplanung unter frühzeitiger Beteiligung der Betroffenen, der freien Träger, vergrößert die Chancen zur Einwirkung auf andere Politikfelder und zur Abstimmung mit ihnen. Dies könnte ein Schritt sein auf eine effizientere Jugendpolitik hin, die den Anspruch auf Querschnittspolitik nicht nur symbolisch vor sich her trägt. Aber da sieht die kommunale und regionale Praxis nicht sehr ermutigend aus. Geplant wird, wenn überhaupt, möglichst nichts Kostenwirksames. Und die Abstimmungsschwierigkeiten zwischen Gartenbauamt und Jugendamt in der Entscheidung um einen Kinderspielplatz können schier unüberwindbar werden.

Die Beteiligung der Jugendpolitiker und gegebenenfalls Abstimmungspflichten mit ihnen muß bei allen jugendrelevanten Entscheidungen in Regierungen und Parlamenten selbstverständliche Praxis werden. Dann hätte auch die jugendpolitische Interessenvertretung freier Träger kompetente Ansprechpartner.

Sinkende Bedeutung der freien Träger

Gerade im Vergleich zu den Gründungszeiten der Bundesrepublik wird deutlich, wie sich Selbst- und Fremdwahrnehmung freier Träger vor allem gegenüber dem Staat verändert haben. Nach dem Trauma des Nationalsozialismus gab es die gemeinsame Überzeugung, daß starke freie gesellschaftliche Kräfte außerhalb der Parteien für eine demokratische plurale Gesellschaft unerlässlich sind, ein großes Selbstbewußtsein der Träger, wesentlich zum Wiederaufbau der Bundesrepublik beizutragen, und – so in Reden Ludwig Wolkers nachzulesen – von Anfang an eine Betonung der Eigenständigkeit und Freiheit in der Wahl der Arbeitsinhalte und Arbeitsformen gegenüber der öffentlichen Hand.

Heute werden im Zug der sogenannten Schwächung traditioneller Milieus die Eigenprägung und die unterschiedliche Wertorientierung freier Träger kaum noch wahrgenommen; Konzepte wie Wahlfreiheit der Hilfesuchenden oder Be-

troffenen (Wahl zwischen verschiedener Wertorientierung von Maßnahmen und Angeboten) sind kaum noch im öffentlichen Bewußtsein. Der mit zunehmender Komplexität von Richtlinien und Verwendungsnachweisen gestiegene Verwaltungsaufwand wird den Trägern unter dem Stichwort Bürokratisierung zum Vorwurf gemacht („Sozialkonzerne“), das Bemühen um Verständigung mit der Verwaltung als Neokorporativismus kritisiert. Die Diskussion zum Beispiel um Consult-Systeme – Kultur- und Computer-Consult analog zum BBJ-Consult, einer bundeszentralen Beratungsstelle in Sachen Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekte und Beschäftigungsmaßnahmen – zeigt die Richtung an: Flächendeckende Versorgung, Optimierung des Angebots auch im Sinn kostengünstiger Lösungen stehen im Vordergrund, unabhängig von pluraler Wertorientierung. Freie Träger verzögern höchstens die Effizienz in Planung und Umsetzung, stören in einem technokratischen Politikverständnis. Übrigens taucht im jüngsten Referentenentwurf zur Novellierung des Jugendwohlfahrtsgesetzes der Begriff „freier Träger der Jugendhilfe“ nicht auf; dort ist lediglich die Rede von der freien und öffentlichen Jugendhilfe bzw. von Trägern der freien Jugendhilfe.

Sicherlich sind bei abnehmender Bindungskraft tradierter Wertorientierungen und Weltanschauungen Konsequenzen auch auf Trägerstrukturen hin zu bedenken. Aber der immer schon starken Eigendynamik der öffentlichen Verwaltung freien Lauf zu lassen in Planung und Umsetzung von Maßnahmen und Einrichtungen, hieße das Grundprinzip der Subsidiarität verletzen, stünde im Widerspruch zum Ziel der Partizipation, der Beteiligung von Betroffenen. Die verwaltete und versorgte Jugend könnte das Endergebnis sein.

Partizipation Jugendlicher – nur Gerede?

Kinder und Jugendliche verbringen mehr Zeit ihres Lebens in gesellschaftlichen Institutionen; in der Freizeitgestaltung nehmen kommerzielle Angebote zu, die auf Konsumorientierung setzen. Es bleiben wenig Möglichkeiten für eigene Initiativen und Projekte, für Selbstorganisation und für eine Mitgestaltung der eigenen Lebenswelt.

Jugendliche sind heute politisch mindestens so interessiert und besser informiert als frühere Jugendgenerationen, aber sie sehen kaum eigene Handlungsmöglichkeiten. Es braucht Felder, in denen sie lernen, sich in demokratischen Strukturen und Gremien zu bewegen, dort ihre Vorstellungen umzusetzen, nicht nur in der Gruppe vor Ort. Jugendarbeit und insbesondere Jugendverbandsarbeit ist eine dieser – für eine demokratische Gesellschaft unerläßlichen – Möglichkeiten, politisches Lernen und Handeln zu verbinden, Selbstorganisation und Interessenvertretung einzuüben. Jugendverbände orientieren sich dabei in der Struktur, der Arbeitsform und den Wegen demokratischer Willensbildung an parla-

mentarisch-repräsentativen Formen. Sie stellen somit ein politisches Lernfeld dar, das sich auf vorhandene politische Entscheidungsstrukturen bezieht; zugleich sind sie die einzigen bundeszentral organisierten Träger der Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen.

Mit diesem Konzept geraten Jugendverbände in eine eigenartige Zange: Einerseits zweifeln gerade politisch engagierte Jugendliche, ob die offizielle Politik zentrale Zukunftsfragen lösen kann, ob es überhaupt Sinn hat, mit gutwilligen, aber ohnmächtig scheinenden Parlamentarier/innen und Jugendpolitiker/innen zu diskutieren. Viele setzen eher auf unkonventionelle Politikformen, sogenannte Do-it-yourself-Politik, auf öffentliche Bewußtseinsbildung in Einmischaktionen. Manche von ihnen halten den Auszug von Jugendverbänden aus klassischen Gremien wie Jugendring, Jugendwohlfahrtsausschüsse oder Räte für das Gebot der Stunde. Die große Mehrheit der Jugendlichen zieht sich zurück ins Private; Geselligkeit, Kulturelles, wenig anspruchsvolle Angebote sind gefragt. Andererseits scheuen Politiker die Auseinandersetzung mit der Jugend. Gewählte, demokratisch legitimierte Verantwortliche der Jugendorganisationen werden als Funktionäre abgetan, die nur Interessen ihrer Organisation verfolgen.

Wesentliche Entscheidungen und Neuerungen in der Jugendpolitik der Bundesregierung sind ohne Beteiligung oder gegen den erklärten Willen der Jugendverbände oder anderer freier Träger der Jugendhilfe vorbereitet und gefällt worden. Ausnahme ist das bisherige Verfahren zum allerdings zentralen Vorhaben der Novellierung des Jugendwohlfahrtsgesetzes. Andere konzeptionelle Überlegungen, neu aufgelegte Förderprogramme, Veranstaltungen sickern – halb wahr und halb gar – durch, werden fertiggebacken vorgestellt; vorgesehene Beratungsstrukturen wie zum Beispiel das Bundesjugendkuratorium außen vor gelassen – zu viele Interessenvertreter ... Die viel zitierte partnerschaftliche Zusammenarbeit ist leider allzu selten Praxis. Wie ernst nimmt sich die Demokratie eigentlich selbst?

Jugend im Parlament, der sorgfältig und unter Beteiligung der Betroffenen vorbereitete Jugendempfang des Bundespräsidenten ebenso wie andere singuläre öffentlichkeitswirksame Diskussions- oder Forumsveranstaltungen können kein Ersatz sein für gemeinsame Planung und Umsetzung von Jugendpolitik in den dafür vorgesehenen partizipativen Strukturen und Gremien. Wer diese nicht bezieht oder gar diffamiert, leistet dem Willen und der Fähigkeit Jugendlicher, an offizieller Politik zu partizipieren, und damit der Zukunft demokratischer Kultur in der Bundesrepublik einen Bärendienst. Veranstaltungen unter der Überschrift „Dialog mit der Jugend“ können Gespräch, Auseinandersetzung, verbindliche Absprachen mit Jugendlichen und ihren Organisationen nicht ersetzen. Jugendliche merken sehr schnell, was ernst gemeint ist. Gremien, deren Mitspracherechte nur auf dem Papier stehen, verlieren sehr schnell an Attraktivität. Wenn Politik Jugendliche und ihre gewählten Vertreter/innen nicht ernst nimmt, ist es nicht verwunderlich, wenn diese Jugendlichen dieser Politik den Rücken kehren.

Die Situation von Mädchen und Frauen

Auch Jugendorganisationen bleiben weit hinter selbstgesetzten Ansprüchen zurück, zum Beispiel was die Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen betrifft. Ihre Stellung in Jugendverbänden und Jugendringen „spiegelt weitgehend ihre Situation in der Gesellschaft wider“, so hat es der DBJR in seiner Stellungnahme zum 6. Jugendbericht bereits 1984 beschrieben. Frauen kommen als Entscheidungsträgerinnen in der jugendpolitischen Interessenvertretung kaum vor. Im Vorstand des DBJR zum Beispiel waren seit Jahren vier Männer und eine Frau; zur Zeit sind es sogar fünf Männer. Im Hauptausschuß schwankt der Anteil der Frauen um ca. ein Sechstel der stimmberechtigten Mitglieder. In der Bundesjugendplankommission und in internationalen Delegationen sieht es ähnlich aus: Weitgehend Männer unter sich. In den Jugendverbänden wird Frauen seltener die Zuständigkeit für Jugendpolitik oder jugendpolitische Außenvertretung übertragen. In den Jugendverbänden, die die Mitarbeit von Frauen in den Leitungsämtern satzungsgemäß verankert haben, wie zum Beispiel im Bund der Deutschen Katholischen Jugend, sieht es mit der Präsenz von Frauen günstiger aus; aber auch dort sind Frauen in der Jugendpolitik noch eher die Ausnahme. Der weitgehende Ausschluß der Frauen vom jugendpolitischen Geschehen in Jugendverbänden setzt sich hartnäckig fort, obwohl doch der erklärte politische Wille in fast allen Verbänden und Jugendringen anders lautet, nämlich Verwirklichung von Chancengleichheit von Frauen und Mädchen in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Geschlechtsspezifische weibliche Sozialisation, wie sie weitgehend praktiziert wird, und „männlich“ dominierte Politikformen passen nicht aufeinander. Jungen werden noch immer von klein auf eher auf Durchsetzungsvermögen, Selbstbehauptung und andere in der Politik erwünschte Verhaltensmuster hin erzogen, auf leitende Rollen vorbereitet. Mädchen lernen noch immer eher differenziertes Wahrnehmen und sich Ausdrücken in Emotionalität und Intuition; Durchsetzung, Konkurrenz und Aggression gelten für sie eher als unpassend. Wer meint, diese traditionellen Rollenkostüme seien aus dem letzten Jahrhundert, schaue sich nur die jüngsten Untersuchungen zu Frauenbildern in Schulbüchern, Medien etc. an.

So ist es nicht verwunderlich, wenn Mädchen und junge Frauen, angesprochen auf die Frage einer Kandidatur für ein Leitungsamt oder der Übernahme von politischer Verantwortung, sich eher die Frage stellen, welche Fähigkeiten ihnen fehlen. Sie trauen sich Durchsetzungsvermögen und öffentliches Auftreten weniger zu als Männer, haben es oft auch erst später gelernt und kommen eher zu einer ablehnenden Entscheidung. Männer fragen sich mehr, wozu ihnen ein Amt nützt und hilft, was sie damit erreichen können, und entscheiden sich eher positiv zu einer Kandidatur. Dieser Gegensatz ist ebenso eine Anfrage an den „Schlüssel“, die traditionellen Erziehungsziele für Mädchen, wie auch an das „Schloß“,

die herrschenden, oft unsozialen und unmenschlichen Politikformen. Zudem läßt die gesellschaftliche Arbeitsteilung jungen Frauen mit Partner und Kindern kaum noch Luft, Leitungsgämter in Verbänden und Jugendringen wahrzunehmen.

Frauen brauchen besondere Ermutigung und Aufforderung zur Übernahme von Leitungsverantwortung, von politischen Aufgaben im engeren Sinn. Wie bei den männlichen Kollegen braucht es gute Vorbereitung und Einarbeitung. Regelmäßiger Erfahrungs- und Informationsaustausch unter Frauen ermutigt, den je persönlichen Stil auch in männerdominierten Arbeitsformen auszuprägen. Satzungsgemäße Verankerung der Beteiligung von Frauen im Leitungsamt verpflichtet den Gesamtverband zur Einlösung seiner in aller Regel frauenfreundlichen Programme.

Jugendpolitische Handlungskompetenz

Viele jugendliche Ehrenamtliche sitzen im Jugendring und im Jugendwohlfahrtsausschuß, weil ihnen diese Außenvertretung übertragen wurde, sitzen allzuoft ohne Vorbereitung und Einführung „alten Hasen“ gegenüber, fühlen sich von Themenstellung wie auch von der Art der Arbeit oft überfordert. Der Unterschied zwischen den eher pädagogischen Arbeitsfeldern im Jugendverband und den Anforderungen an politische Arbeitsformen in der Außenvertretung werden oft unterschätzt. Es gibt auf diözesaner und zum Teil regionaler Ebene Schulungen und Austausch für Gruppenleiter/innen, für verbandliche Leitungskräfte, seltener für Vertretungsarbeit in Gremien. In aller Regel gibt es großen Nachholbedarf in der Vermittlung politischer Handlungskompetenz, im öffentlichen Auftreten, Reden, Agieren in Gremien und Strukturen. „Wenn ich's kann, gewinne ich auch Freude daran.“ Jugendverbände sollten gerade ehrenamtliche Kräfte mehr als bisher auf solche Aufgaben vorbereiten, ihnen in ihrer Arbeit Begleitung anbieten, Beratung und Reflexion, mehr Zeit und Kraft investieren in Förderung von Talenten und Sicherung des jugendpolitischen Nachwuchses.

Mit der Jugendpolitik sind keine Lorbeeren zu gewinnen; sie ist ein mühsames Geschäft. Die „undankbare“ Jugend wird den Erwachsenen immer vorwerfen, daß ihre Alltagswirklichkeit nicht hält, was verkündete Ziele und Werte versprechen. Es gibt kaum kurzfristige Erfolge oder Gewinne in der Jugendpolitik – ein Faß ohne Boden? Langfristig nicht, denn erst in Zukunft „zahlt sich aus“, was heute in Kinder und Jugendliche investiert wird, in deren politische, soziale und kulturelle Bildung, erst dann zeigt sich, ob die von ihnen oft unfertig, aber frühzeitig benannten Probleme ernst genommen und gelöst wurden. Jugendpolitik hat immer mit Gestaltung von Zukunft zu tun. Es bleibt die kritische Anfrage an die Gesellschaft, wieviel Zeit, Aufmerksamkeit und Energie sie bereit ist in die Entwicklung junger Menschen, in die Zukunft zu investieren.